

Bedau, Klaus-Dietrich

Article — Digitized Version

Aspekte der Einkommensverteilung

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Bedau, Klaus-Dietrich (1985) : Aspekte der Einkommensverteilung, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 65, Iss. 7, pp. 359-364

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/136061>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

schen Beitrag und Leistung bei der Arbeitslosenunterstützung wird im Subsistenzbereich aufgehoben – womit seine sozialpolitische Legitimation auch für sämtliche anderen Sozialversicherungszweige problematisiert ist. Es wird sichtbar, daß Lohnersatzleistungen alleine nicht in jedem Fall eine ausreichende Existenzsicherung garantieren können, selbst langjährige Erwerbsarbeit folglich nicht prinzipiell vor Armut schützt.

Gleichzeitig ist die Pufferfunktion der Arbeitslosenunterstützung hinsichtlich Löhnen/Gehältern und sonstigen Arbeitsbedingungen im Erwerbssektor, die heute nur einen begrenzten Personenkreis auf häufig sehr niedrigem Niveau erfaßt, auf einem Mindestniveau festgeschrieben. Hiermit würde der heute von den Ausgren-

zungsprozessen ausgehende Druck auf die betrieblichen Arbeitsbedingungen zwar nicht aufgehoben, unzweifelhaft aber abgeschwächt.

Andererseits sind aber auch die Grenzen materieller Leistungsverbesserungen unübersehbar; sie können weder eine aktive Arbeitsmarktpolitik noch eine beschäftigungsorientierte Wirtschafts- und Finanzpolitik ersetzen. Eine verbesserte materielle Absicherung schafft bezogen auf den Erwerbssektor noch keinen einzigen zusätzlichen Arbeitsplatz und kann von daher auch die Gewerkschaftsbewegung nicht ihrer Aufgabe entheben, alle Anstrengungen auf eine weitere Verkürzung insbesondere der Wochenarbeitszeit und eine Sicherung der Realeinkommen zu richten.

EINKOMMENSVERTEILUNG

Aspekte der Einkommensverteilung

Klaus-Dietrich Bedau, Berlin

In der Bundesrepublik gibt es eine ganze Reihe von Erhebungen, die Informationen über die Einkommensverteilung liefern. Allerdings stehen die einzelnen Einkommensstatistiken weitgehend isoliert nebeneinander, und ihre Resultate weichen nicht unerheblich voneinander ab. Welches Bild vermitteln die verfügbaren Daten über die Einkommenslage einzelner sozialer Gruppen?

Am 6. November 1984 hat das Bundesverfassungsgericht das Gesetz über die Erhebung einer Investitionshilfeabgabe für nichtig erklärt. Mit dieser Entscheidung sind Aspekte der Einkommensverteilung und -umverteilung erneut in den Brennpunkt der gesellschaftlichen Diskussion gerückt, zumal die Einkommen der Arbeitnehmer und Rentner in den letzten Jahren nur noch wenig gestiegen sind und verstärkt mit Abgaben belastet wurden.

In der Bundesrepublik Deutschland gibt es eine ganze Reihe von statistischen Erhebungen, die Informationen über die Einkommensverteilung liefern, wobei die Einkommensfrage in den einzelnen Statistiken freilich recht unterschiedlichen Stellenwert hat¹. Die wichtigsten Erhebungen dieser Art sind

- Einkommens- und Verbrauchsstichproben,

- Repräsentativstatistiken der Bevölkerung und des Erwerbslebens (Mikrozensus),
- Steuerstatistiken über das Einkommen,
- Gehalts- und Lohnstrukturerhebungen,
- Wohnungsstichproben,
- laufende Wirtschaftsrechnungen der privaten Haushalte,
- Geschäftsstatistiken der verschiedenen Sozialleistungsträger.

Jede dieser Statistiken liefert spezielle Informationen zur Einkommensverteilung, und insbesondere die Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVS) bieten eine Fülle von Strukturdaten, die durch die Einführung einer „Transferfrage“ in das Schlußinterview der EVS von 1978 noch erheblich erweitert worden ist. Doch neben ihren Vorzügen hat jede der genannten Statistiken lei-

Klaus-Dietrich Bedau, 48, Dipl.-Volkswirt, ist wissenschaftlicher Mitarbeiter im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), Berlin.

¹ Vgl. auch Manfred Euler: Erfassung und Darstellung der Einkommen privater Haushalte in der amtlichen Statistik, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 1/1985.

der auch spezifische Mängel und Lücken, die die Aussagekraft und die Verwendbarkeit ihrer Ergebnisse beeinträchtigen,

- sei es hinsichtlich der zugrunde gelegten Definitionen, Abgrenzungen, Differenzierungskriterien,
- sei es bezüglich des Repräsentationsgrades oder des zeitlichen Abstandes zwischen gleichartigen Erhebungen,
- sei es im Hinblick auf Erfassungsfehler und Erhebungsausfälle, die bei Einkommensbefragungen offenkundig auftreten.

Zudem stehen die einzelnen Einkommensstatistiken weitgehend isoliert nebeneinander; ihre Resultate weichen – mitunter nicht unerheblich – voneinander ab, sind oft aus methodischen Gründen auch nicht miteinander vergleichbar. Infolge langer Aufbereitungszeit haben die Ergebnisse, wenn sie verfügbar sind, zudem nicht selten an Aktualität verloren, und die verteilungspolitische Diskussion wird mitunter auf der Grundlage nicht sehr gegenwartsnaher Daten geführt. Der in gesamtwirtschaftlichen Kategorien Denkende empfindet es schließlich als besonderen Mangel, daß die Ergebnisse der Einzelerhebungen zur Einkommensverteilung ein Erfassungsdefizit erkennen lassen, wenn man sie den Aggregaten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) gegenüberstellt.

Nun ist zwar unbestritten, daß trotz mannigfacher Erweiterungen und Vertiefungen, die es in den letzten Jahren in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung

gegeben hat, nach wie vor Wünsche offen bleiben², und auch die kürzlich angekündigten weiteren Verbesserungen³ werden vermutlich nicht alle Probleme klären. Ebenso ist bekannt, daß die Gesamtrechnungsdaten – in unterschiedlichem Ausmaß – mit Meß- und Schätzfehlern behaftet sind. Dennoch hat es sich in der empirischen Wirtschaftsforschung durchaus bewährt, auf Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung Bezug zu nehmen, sofern dies nur irgendwie möglich ist. Bei einem solchen Vorgehen werden „Schwachstellen“ der Gesamtrechnung mehr als aufgewogen: Im Rahmen einer in sich konsistenten Kreislaufrechnung werden – anders als etwa bei hochgerechneten Stichprobenergebnissen – sowohl die Untererfassung von Einkommensteilen als auch die Mehrfachzählung von Personen oder Personengruppen grundsätzlich vermieden.

Die Verteilungsrechnung des DIW

Im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) wird schon seit langem die Notwendigkeit einer ganzheitlichen Betrachtung der Einkommensverteilung betont. Hier hat man frühzeitig gesehen, daß es einen großen Informationsgewinn bringt, wenn man die Ergebnisse der verschiedenen Statistiken zur Einkommensverteilung zusammenführt und unter Beachtung gesamtwirtschaftlicher Rahmendaten aufeinander abstimmt.

² Vgl. Alfred Boss: Einige Vorschläge zur Änderung der Konzepte der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Heft 4/1984.

³ Vgl. Frank Dorow, Günter Kopsch, Carsten Stahmer, Heinrich Lützel: Ansätze zur Weiterentwicklung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 2/1985.

Tabelle 1
Einkommen der privaten Haushalte¹ in der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung
(in Mrd. DM)

Jahr	Erwerbs- und Vermögenseinkommen			Empfangene laufende Übertragungen ³	Geleistete Übertragungen ³	Transfer-saldo	Verfügbares Einkommen ²
	Bruttoeinkommen aus unselbständiger Arbeit	Unternehmer-tätigkeit ² u. Vermögen	Zusammen				
1970	360,6	137,1	497,7	108,5	178,2	-69,8	428,0
1971	409,1	151,3	560,4	122,4	209,4	-87,0	473,4
1972	450,3	173,2	623,5	139,8	235,1	-95,3	528,2
1973	510,9	190,5	701,5	156,5	282,7	-126,3	575,2
1974	563,1	199,6	762,7	179,3	317,2	-138,0	624,8
1975	587,0	216,8	803,8	218,4	332,8	-114,4	689,4
1976	631,2	237,3	868,5	236,0	374,1	-138,2	730,3
1977	675,6	251,5	927,0	250,7	402,4	-151,7	775,4
1978	720,9	262,8	983,6	264,7	423,5	-158,9	824,8
1979	776,9	286,9	1 063,7	282,8	454,5	-171,7	892,0
1980	842,1	309,8	1 151,9	303,4	498,3	-194,9	957,0
1981	880,8	335,4	1 216,2	330,3	529,6	-199,3	1 016,9
1982	900,5	347,1	1 247,6	349,5	552,1	-202,6	1 045,0
1983	915,4	360,3	1 275,7	357,2	563,7	-206,5	1 069,2

¹ Einschließlich privater Organisationen ohne Erwerbszweck. Differenzen in den Summen durch Runden der Zahlen. ² Ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. ³ Einschließlich Zinsen auf Konsumentenschulden.
Quelle: Statistisches Bundesamt (Herausgeber): Fachserie 18, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen, Reihe 1, Konten und Standardtabellen 1983, Reihe S. 5, Revidierte Ergebnisse 1960 bis 1981.

EINKOMMENSVERTEILUNG

Aus dieser Grundidee ist im Laufe der Jahre eine differenzierte Verteilungsrechnung entstanden⁴.

Eine der wichtigsten und unentbehrlichen Quellen dieser Verteilungsrechnung ist die Einkommens- und Verbrauchsstichprobe. Will man allerdings die Ergebnisse der EVS mit anderen Statistiken verknüpfen, aktualisieren und in ein gesamtwirtschaftlich orientiertes Rahmenwerk einfügen, so sind Anpassungen und Transformationen nicht zu umgehen. Deshalb ist die DIW-Verteilungsrechnung keine „strukturtreue“ Abbildung der EVS. Sie ist vielmehr eine auf synthetischem Wege gewonnene empirische Modellrechnung – in ihrem Wesen der VGR vergleichbar: Beide Statistiken entstehen durch die Zusammenführung von Informationen aus verschiedenen Quellen, und beide Statistiken werden überprüft und gegebenenfalls revidiert, wenn neue Primärdaten vorliegen.

Das „modellmäßige“ Vorgehen des DIW ist nicht ohne Kritik geblieben. Aber müssen die Kritiker, die originären Daten den Vorzug geben, nicht einräumen, daß schon die hochgerechneten Ergebnisse von Stichproben streng genommen keine primärstatistischen Informationen mehr sind? Denn die einzelnen Resultate einer Stichprobe werden in der Regel – etwa weil die verschiedenen sozialen Gruppen in der Stichprobe unter-

schiedlich stark repräsentiert sind – auch mit unterschiedlichen Faktoren auf die Grundgesamtheit hochgerechnet. Über den Hochrechnungsrahmen, von dem letztlich die Struktur der für die Grundgesamtheit unterstellten Daten abhängt, fließen aber Informationen ein, die aus anderen Quellen stammen – nicht zuletzt auch aus der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung.

Die Verteilungsrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung beschreibt die Einkommenslage sozialer Haushaltsgruppen⁵. Sie geht dabei von den Daten der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung aus (vgl. Tabelle 1), die allerdings modifiziert werden:

- Private Haushalte und private Organisationen ohne Erwerbszweck werden getrennt.
- Die in Anstalten lebenden Personen werden ausgliedert.
- „Unterstellte“ Sozialbeiträge und die vom Staat getragenen Beiträge für Empfänger sozialer Leistungen werden ausgeklammert.
- Transferströme zwischen den einzelnen Gruppen werden soweit wie möglich einbezogen.

Die Einkommensschichtung sozialer Haushaltsgruppen nach der Höhe des Bruttoerwerbs- und

⁴ Vgl. Klaus-Dietrich Bedau, Bernd Freitag, Gerhard Göseke, Volker Meinhardt: Methodische Probleme und empirische Ergebnisse einer makro-ökonomisch orientierten Verteilungsrechnung. Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1982.

⁵ Sehr hilfreich für die folgenden Berechnungen war eine neuere Untersuchung des Statistischen Bundesamtes. Vgl. Klaus Schüller: Einkommensverteilung nach Haushaltsgruppen, in: Wirtschaft und Statistik. Heft 7/1984.

Tabelle 2
Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen¹ 1983

(nach sozialen Haushaltsgruppen, in 1 000)

Monatliches Haushaltseinkommen von...bis unter...DM	Haushalte von						Versorgungsempfängern des öffentl. Dienstes	Zusammen
	Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft	außerhalb der Land- u. Forstwirtschaft	Angestellten ²	Beamten	Arbeitern ²	Rentnern ³		
unter 1 000	4				2	6 243	621	6 870
1 000... 2 000	20		79	66	339	1 535	216	2 255
2 000... 3 000	78	1	433	192	1 027	840	143	2 714
3 000... 4 000	95	25	889	286	1 291	155	43	2 784
4 000... 5 000	83	77	900	242	1 003	17	2	2 324
5 000... 6 000	64	102	851	222	793	6		2 038
6 000... 7 000	35	117	729	174	563	3		1 621
7 000... 8 000	19	127	543	124	371			1 184
8 000... 9 000	7	125	370	83	244			829
9 000... 10 000	2	113	265	54	144			578
10 000... 15 000	1	289	300	71	126			787
15 000... 20 000		224	153	30	42			449
20 000... 25 000		151	47	8	4			210
25 000 oder mehr		115	2					117
Zusammen	408	1 466	5 561	1 552	5 949	8 799	1 025	24 760

¹ Ohne unterstellte Sozialbeiträge und ohne nichtentnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit.

² Einschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe. ³ Einschließlich sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen oder Vermögenseinkommen leben.

Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Vermögenseinkommens sowie nach der Höhe des verfügbaren Einkommens im Jahre 1983 wird in den Tabellen 2 und 3 wiedergegeben. Die folgenden Ausführungen analysieren die Einkommensverhältnisse innerhalb der einzelnen sozialen Gruppen.

Selbständigen-Haushalte

Die Selbständigen-Haushalte bilden eine heterogene soziale Gruppe, in der die Einkommensstreuung vergleichsweise groß ist. Zu dieser Gruppe zählen einmal die Haushalte von Landwirten, deren Einkommensentwicklung durch ernte- und preisbedingte Schwankungen beeinflusst wird. Zum anderen gehören zu dieser Gruppe die Haushalte von selbständig Erwerbstätigen im Handel, Handwerk, Verkehrs- und Dienstleistungsgewerbe, die mitunter das Einkommen von Arbeitnehmerfamilien nicht erreichen, aber auch die Haushalte von Ärzten, Rechtsanwälten, Architekten und Angehörigen anderer freier Berufe, die Spitzeneinkommen erzielen und diese noch durch Zinserträge aufstocken können.

Für die Selbständigen-Haushalte außerhalb der Land- und Forstwirtschaft, die mit ihrem Durchschnittseinkommen an der Spitze der „Einkommenshierarchie“ stehen, ist die Gewinnentwicklung im Berichtsjahr 1983 günstig verlaufen. Auf die vergleichsweise hohen Einkünfte der Selbständigen entfällt im Mittel auch eine relativ hohe Steuerquote; bei gleichem Einkommensniveau indes zahlen Selbständige aber eher weniger

Steuern als Arbeitnehmer, weil diesen Steuervergünstigungen in geringerem Maße offenstehen. Die Hälfte der Selbständigen-Haushalte außerhalb der Land- und Forstwirtschaft verfügte 1983 über mindestens 8 000 DM je Monat (vgl. Tabelle 4).

Für die landwirtschaftlichen Haushalte ist die Einkommensentwicklung 1983 – nach überdurchschnittlichen Zuwachsraten in den beiden Vorjahren – rückläufig gewesen. Ein nicht unerheblicher Teil des landwirtschaftlichen Haushaltseinkommens wird durch unselbständige Arbeit erzielt; die ernte- und preisbedingten Einkommensauschläge werden dadurch gemildert. Die Hälfte der landwirtschaftlichen Haushalte hatte 1983 ein verfügbares Einkommen, das monatlich 3 400 DM überschritt.

Arbeitnehmer-Haushalte

Die Einkommensentwicklung der Arbeitnehmer-Haushalte wurde 1983 von der gegenüber den Vorjahren schwachen Zunahme der durchschnittlichen Löhne und Gehälter geprägt. Dadurch ist der Einkommensabstand zwischen Arbeitnehmer- und Selbständigen-Haushalten erneut größer geworden.

Angestellte und Arbeiter werden stärker als andere Erwerbstätige von der staatlichen Umverteilung der Einkommen berührt; sie zahlen neben Steuern auch Beiträge zu allen Zweigen der sozialen Sicherung. Rechnet man die Arbeitgeberbeiträge ein, so betragen die geleisteten laufenden Übertragungen 1983 in Angestellten-

Tabelle 3

Verfügbares Einkommen¹

(nach sozialen Haushaltsgruppen, in 1 000)

Monatliches Haushaltseinkommen von...bis unter...DM	Haushalte von						Versorgungsempfängern des öffentl. Dienstes	Zusammen
	Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft	Selbständigen außerhalb der Land- u. Forstwirtschaft	Angestellten ²	Beamten	Arbeitern ²	Rentnern ³		
unter 1 000	2		60	8	159	1 366	9	1 604
1 000... 2 000	33		431	41	1 019	3 370	178	5 072
2 000... 3 000	124	1	1 500	351	2 092	1 913	366	6 347
3 000... 4 000	109	49	1 504	419	1 522	1 363	276	5 242
4 000... 5 000	72	138	925	294	719	416	104	2 668
5 000... 6 000	40	183	506	186	299	244	55	1 513
6 000... 7 000	19	191	295	107	98	87	26	823
7 000... 8 000	7	174	169	72	34	30	9	495
8 000... 9 000	2	140	88	41	6	7	2	286
9 000... 10 000		105	42	19	1	3		170
10 000... 15 000		253	30	10				293
15 000... 20 000		131	8	4				143
20 000... 25 000		68	3					71
25 000 oder mehr		33						33
Zusammen	408	1 466	5 561	1 552	5 949	8 799	1 025	24 760

¹ Ohne nicht entnommene Gewinne der Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit. ² Einschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe. ³ Einschließlich sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen oder Vermögenseinkommen leben.
 Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Haushalten 45 %, in Arbeiter-Haushalten nahezu 48 % der Bruttoerwerbs- und -vermögenseinkommen. Beamte zahlen für ihre Altersversorgung keine eigenen Beiträge und sind von der Versicherungspflicht in der gesetzlichen Kranken-, Arbeitslosen- und Unfallversicherung befreit; ins Gewicht fallen hier allerdings Beiträge zu privaten Krankenversicherungen.

Der Medianwert des verfügbaren Haushaltseinkommens belief sich bei Angestellten auf 3 500 DM, bei Beamten auf 3 900 DM und bei Arbeitern auf 2 900 DM, je Monat des Berichtsjahres gerechnet (vgl. Tabelle 4).

Rentner und Pensionäre

Wie schon erwähnt, sind – ebenso wie Löhne und Gehälter – auch die Renten und Beamtenpensionen 1983 schwächer gestiegen als in früheren Jahren. Kriegsfolgeleistungen, die fast gänzlich an ältere Personen fließen, waren in ihrer Summe rückläufig, weil ihr Empfängerkreis mehr und mehr abnimmt. Unter den Wohngeldbeziehern sind Rentner-Haushalte nach wie vor stark vertreten; die Zahl der Fälle, in denen Renten der gesetzlichen Sozialversicherung durch Sozialhilfe aufgestockt werden, hat jedoch an Bedeutung verloren⁶.

Das Einkommensniveau der Beamtenpensionäre liegt nicht unwesentlich über dem von Leistungsempfängern der gesetzlichen Rentenversicherung (vgl. Tabelle 4). Dies ist auf mehrere Ursachen zurückzuführen: Einmal sind die Durchschnittsgehälter von Beamten aus strukturellen Gründen – schon wegen des hohen Gewichts der im Bildungssektor Beschäftigten – höher

als das Durchschnittseinkommen anderer Arbeitnehmer; diese Durchschnittsgehälter und -löhne sind die Grundlage für Ruhegehalts- und Rentenberechnungen. Zum anderen erhalten Beamtenpensionäre bereits nach einem Erwerbsleben von 35 Jahren drei Viertel ihres früheren Gehalts als Ruhegeld, während Rentner diesen Satz auch bei wesentlich längerer Erwerbstätigkeit nicht erreichen (abgesehen von früheren Angestellten und Arbeitern des öffentlichen Dienstes, deren Renten durch Leistungen von Zusatzversorgungseinrichtungen ergänzt werden). Hier kann man fragen, „ob Angehörige des öffentlichen Dienstes kraft größeren politischen Durchsetzungsvermögens, d. h. größerer Präsenz und daher größeren Einflusses im Parlament, ceteris paribus eine bessere Alterssicherung erlangen als andere Bevölkerungsgruppen“⁷.

Sozialrenten sind faktisch steuerfrei, Ruhegehälter der Beamtenpensionäre hingegen (unter Berücksichtigung von Freibeträgen) lohnsteuerpflichtig. Auch wurden für Rentner erst 1983 wieder Eigenbeiträge zur Krankenversicherung eingeführt; Versorgungsempfänger des öffentlichen Dienstes zahlen aber in der Regel höhere Beiträge zu einer privaten Krankenversicherung.

Der Einkommensvorteil, den Beamtenpensionäre gegenüber Sozialrentnern haben, wird durch diese höheren Abzüge zwar gemindert, aber keineswegs eingeebnet. Die Hälfte der Pensionärs-Haushalte konnte 1983

⁷ Vgl. Frank Klanberg: Die wirtschaftliche und soziale Lage der Bezieher öffentlicher Pensionen, in: Manfred Euler, Frank Klanberg (Hrsg.): Haushalte mit ausgewählten staatlichen Transferzahlungen. Schriften zum Bericht der Transfer-Enquete-Kommission „Das Transfersystem in der Bundesrepublik Deutschland“ Band 2, Teilband 2, Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1983.

⁶ Vgl. Frank Klanberg, Aloys Prinz: Anatomie der Sozialhilfe, in: Finanzarchiv N. F. Band 41 (1983).

Tabelle 4
Mittelwerte der Einkommenschichtung sozialer Haushaltsgruppen vor und nach der Umverteilung 1983
(in DM je Haushalt und Monat)

	Haushalte von						Zusammen
	Selbständigen in der Land- und Forstwirtschaft	Selbständigen außerhalb der Land- u. Forstwirtschaft	Angestellten ¹	Beamten	Arbeitern ¹	Rentnern ²	
Einkommenschichtung vor der Umverteilung							
Modalwert ³	3 583	7 833	3 831	3 500	3 286	.	.
Median ⁴	4 084	10 796	5 563	4 959	4 315	.	3 190
Arithmetisches Mittel	4 267	13 090	6 263	5 614	4 809	.	4 066
Einkommenschichtung nach der Umverteilung							
Modalwert ³	2 688	6 320	2 925	3 150	2 482	1 303	2 224
Median ⁴	3 371	7 983	3 486	3 891	2 861	1 900	2 870
Arithmetisches Mittel	3 611	9 776	3 883	4 321	3 038	2 231	3 093

¹ Einschließlich Empfänger von Arbeitslosengeld oder -hilfe. ² Einschließlich sonstiger Personen, die überwiegend von laufenden Übertragungen oder Vermögenseinkommen leben. ³ Größte Besetzungsdichte der Einkommensskala. ⁴ Obere Einkommensgrenze für die Hälfte aller Haushalte. Quelle: Berechnungen des DIW unter Verwendung amtlicher Statistiken.

Tabelle 5
Grenzsteuersätze¹ der Lohn- und Einkommen-
steuerpflichtigen 1980

(bezogen auf die jeweiligen Gesamteinkünfte, in %)

Gesamtbetrag der Jahreseinkünfte von...bis unter...DM	Nicht- veranlagte Lohnsteuer- pflichtige	Veranlagte Lohnsteuer- pflichtige	Übrige Einkommen- steuer- pflichtige	Zusammen
4 000... 8 000	1,5	0,9	1,3	1,1
8 000... 12 000	11,2	5,2	5,6	5,4
12 000... 16 000	14,4	8,1	9,3	8,4
16 000... 25 000	18,4	14,7	13,9	14,3
25 000... 32 000	12,3	28,7	18,6	27,8
32 000... 50 000	15,3	21,6	22,7	21,8
50 000... 75 000	24,0	24,2	28,6	24,5
75 000... 100 000	–	36,1	36,8	36,2
100 000... 250 000	–	40,1	45,2	44,2
250 000... 500 000	–	49,6	49,4	49,6
500 000... 1 Mill.	–	51,0	50,1	50,6
1 Mill. ... 2 Mill.	–	49,4	49,5	49,4
2 Mill. ... 5 Mill.	–	49,2	49,8	49,5
5 Mill. ... 10 Mill.	–	50,1	49,6	49,9
10 Mill. oder mehr	–	48,7	45,9	47,2

¹ Verhältnis des durchschnittlichen Steuermehrbetrages zum durchschnittlichen Mehreinkommen gegenüber der vorhergehenden Einkommensklasse.

Quelle: Berechnungen des DIW aus Ergebnissen der Lohn- und Einkommensteuerstatistik.

bis zu 2 900 DM pro Monat ausgeben, während die Hälfte der Rentner-Haushalte mit höchstens 1 900 DM einen um rund ein Drittel geringeren Beitrag zur Verfügung hatte.

Im Zusammenhang mit der eingangs erwähnten Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die Nichtigkeit der Investitionshilfeabgabe hat sich kürzlich der Präsident dieses Gerichts, Wolfgang Zeidler, in einer für Juristen ungewohnt deutlichen Sprache zu Ungerechtigkeiten im deutschen Steuer- und Sozialrecht geäußert: „Da wird zur Zeit immer von den Besserverdienenden geredet, aber es geht zunächst einmal um die steuerliche Behandlung der Schlechterverdienenenden und darum, daß Milliarden-Beträge umgeschichtet werden müssen“⁸.

Es überrascht nicht, daß Zeidlers Worte in der Öffentlichkeit keineswegs nur Zustimmung fanden. Aber hat er denn im Grunde nicht recht, wenn er feststellt, das deutsche Steuersystem werde dem im Grundgesetz verankerten Sozialstaatsprinzip immer weniger gerecht, es sei durchsetzt mit Begünstigungen, mit Privilegierungen, mit Vorteilen für Einzelne? Kann man Zeidler widersprechen, wenn er gravierende Verletzungen der Steuergerechtigkeit und des Gleichheitsgrundsatzes beklagt, wenn er das Ehegatten-Splitting-Verfahren als ausgesprochen familienfeindlich bezeichnet, weil es Müttern, die im Interesse der Kindererziehung auf eine Erwerbstätigkeit verzichten, ein Leben jahrzehntelan-

ger sozialer Deklassierung zumutet?⁹ Muß man Zeidler nicht zustimmen, wenn er auf „ganze Geldberge“ hinweist, die zur Finanzierung eines echten Familienlastenausgleichs bereit stünden und sich erschließen ließen, wenn die Politik nicht einer bestimmten Klientel gefällig wäre?

Zeidler appelliert an die Politik, Ernst zu machen mit dem Abbau zahlreicher Steuervergünstigungen; auch der Spitzensteuersatz von 56 % sei nicht mit „ehernen Lettern“ geschrieben. Tatsächlich bleibt aber die effektive Steuerbelastung selbst der rund 10 000 Einkommensmillionäre, die es in der Bundesrepublik gibt, nicht unerheblich hinter diesem vom Gesetz vorgesehenen Spitzensteuersatz zurück, wie die Ergebnisse der Einkommensteuerstatistik¹⁰ erkennen lassen. Bei der Ermittlung des zu versteuernden Einkommens werden Werbungskosten, Sonderausgaben, Sonderfreibeträge, Aufwendungen für außergewöhnliche Belastungen und weitere Entlastungsbeträge von den Einnahmen abgezogen, und die tarifliche Einkommensteuer wird noch um Steuerermäßigungen reduziert. Dies alles gibt insbesondere den Beziehern höherer Einkommen einen beträchtlichen Spielraum, um ihre Steuerschuld zu „gestalten“. Daß theoretische und effektive Steuerprogression mit steigendem Einkommen immer weiter auseinanderklaffen, hat auch eine Auswertung der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe von 1978¹¹ gezeigt (vgl. auch Tabelle 5).

Die Bundesregierung beabsichtigt, die Steuerzahler 1986 und 1988 erheblich zu entlasten. Neben „Leistungsanreizen“ soll die Steuerreform eine Entlastung für Familien bringen – allerdings in einer Weise, die nicht unstrittig ist. Bei der Neuordnung des Familienlastenausgleichs im Jahre 1975 waren die Kinderfreibeträge des Steuerrechts, die Bezieher höherer Einkommen stärker begünstigten als Familien mit niedrigen Einkünften, durch ein einkommensunabhängiges Kindergeld abgelöst worden. 1983 wurden erneut Kinderfreibeträge eingeführt – nun sollen sie wesentlich erhöht werden. Diese Entwicklung hat das DIW schon früher als verteilungspolitisch fragwürdig bezeichnet¹².

⁸ Vgl. Der Spiegel, Nr. 50/1984.

⁹ Vgl. auch DIW-Wochenbericht Nr. 49/1984: Ehegattensplitting versus Familientarif. Bearb.: Oskar de la Chevallerie.

¹⁰ Vgl. Wolfgang Rosinus: Steuerliche Einkommensschichtung 1980, in: Wirtschaft und Statistik, Heft 11/1984.

¹¹ Vgl. Charles C. Roberts: Die effektive Progression bei der Besteuerung des persönlichen Einkommens im Lichte der Ergebnisse der 1978er Einkommens- und Verbrauchsstichprobe, in: WSI-Mitteilungen, Heft 12/1984.

¹² Vgl. DIW-Wochenbericht Nr. 39/1984: Defizitabbau behält Vorrang. Zur Entwicklung der öffentlichen Haushalte 1984/85. Bearb.: Dieter Teichmann, Dieter Vesper.